

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.
Bestellungen nehmen an alle
Postanstalten u. Buchhand-
lungen des In- u. Auslandes.
Hilfs-Expeditionen für die
Vereinigten Staaten:
F. A. Sorge,
Box 101 Hoboken, N. J.
Wm. Eubers,
409 Maystr. Chicago, Ill.
Peter Haj,
8. W. Corner Third and
coates str. Philadelphia.

Der Volksstaat

Abonnementspreis:
Für Preußen incl. Stempel-
steuer 21 1/2 Sgr., für die
übrigen Deutschen Staaten
16 Sgr. pro Quartal.
Monats-Abonnements
werden bei allen Deutschen
Postanstalten auf den 2ten
u. 3ten Monat und auf den
5ten Monat besonders an-
genommen, im Hgr. Sachsen
u. Hgrh. Sach. -Altenburg
auch auf den 1ten Monat
à 5 1/2 Sgr. angenommen.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Hilfs-Expeditionen und sonstige Partei-Vergesellschaften befreiend, werden mit 1 Sgr., — Privat- und Vergnügungs-Anzeigen mit 2 Sgr. die dreispaltige Petit-Zeile berechnet.

Nr. 54

Sonntag, 10. Mai.

1874.

Die Stromerei zu Nürnberg.

Vor drei Wochen denunzierte ein Münchner Preshreptil in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, daß in München, in wohlthätigem Gegensatz zu Nürnberg, die Hand der Polizei schwer auf den Sozialdemokraten ruhe. Die Denunziation hat gewirkt; dem „weithätigen“ Polizeidirektor Feilisch zu München ist plötzlich in der Person des „strebsamen“, hochbismarckischen Bürgermeisters Stromer zu Nürnberg ein Concurrent entstanden, der jenem bereits den Rang abgelassen hat.

Wenn Herr von Stromer auch Diplomat genug ist, um nicht mit der auf alle Lachmuskeln wirkenden Plumpheit der Herren Münch und Pohl in Hof vorzugehen, so mußte indessen auch er nicht recht, wie es anzugehen, um die Auflösung der Nürnberger Mitgliedschaft genötigt zu motivieren. Wenn der „Nürnberger Anzeiger“ behauptet, der Herr Stromer wisse „durch seine Entschuldigungsgründe der Sache Hand und Fuß zu geben“, so ist dies eben nur ein Beweis, daß man in der Redaktion des „Nürnberger Anzeiger“ die Aktienstücke nach ihrer Quantität, nicht aber nach ihrer Qualität beurtheilt. Wer sich einen Ueberblick über die heutige Arbeiterbewegung zutraut — und Herr Stromer mag sich einen solchen Ueberblick an — der muß wissen, daß unsere Partei niemals „geheim“ aufgetreten ist, sondern alle ihre Versammlungen der Polizeianfsicht unterworfen muß, wie alle Schriften, Statuten u. s. w. von Jedermann eingesehen werden können. Die internationale Arbeiterassoziation verwarf 1864 die Inauguraladresse von Mazzini und nahm diejenige von Marx an, weil diese die „geheim“ Verschwörung und Marx den offenen Klassenkampf und die offene Organisation befürwortete. Ein Stromer aber spricht von einer „theilweise geheim gehaltenen Organisation“ in seinen „Entschuldigungsgründen“, wie es überhaupt diese Polizeibelben in ihrer Wichtigkeitserei stets lieben, etwas „Geheimes“ entdeckt haben zu wollen, was gar nicht vorhanden ist. Der „Entschuldigungsgrund“ bezüglich einer „geheimen“ Organisation ist somit entweder für die Dummten berechnet, oder ein höchst kompromittirendes Zeugniß krasser Unwissenheit des regierenden Herrn Bürgermeisters von Nürnberg. „Hat er keine, macht er eine!“ Aehnlich verfährt Stromer, indem er die Rathschläge, welche der Verfasser der Broschüre „Die parlamentarische Thätigkeit des Reichstages u. s. f.“ den Parteigenossen und Agitatoren gibt, als „besondere Statuten“ (!) aufführt, „welche“ — wer lacht da? — „der Nürnberger Polizeibehörde nicht vorgelegt worden seien.“

Stromer mag indessen selbst fühlen, wie schwach seine „Entschuldigungsgründe“ sind und deshalb greift er zu dem letzten Ausfluchtmittel aller nichtwissenden Staatsanwälte und Polizisten — er behauptet, die Tendenzen des Vereins seien „offenbar rein destruktiver Natur.“ Dies ist der Cardinalpunkt der „Entschuldigungsgründe“. Darum hat er wohl auch die Versammlung mit der Tagesordnung: „Die Bierfrage“ auflösen lassen.

Wie die „Frankfurter Zeitung“ ganz richtig bemerkt, bleibt der Herr Stromer dem Beweis dafür schuldig, daß die Nürnberger Mitgliedschaft ein „politischer Verein“ im Sinne des bayerischen Vereinsgesetzes sei und schon allein dadurch sind alle seine „Entschuldigungsgründe“ nur Scheingründe, bureaukratisches Fick- und Lappenwerk. Oder soll der „Beweis“ dadurch geführt sein, daß Herr Stromer sagt, die Mitglieder des Vereins beschäftigten sich an politischen Angelegenheiten? Für so — naiv halten wir Herrn Stromer nicht.

Schon dadurch, daß Herr Stromer auch den „sozialdemokratischen Arbeiterverein“, der neben der Mitgliedschaft als bloßer Lokalverein bestand, auch aufgelöst hat, beweist er, daß die „Gründe“ für die Mitgliedschaft nicht zureichend waren. War die Mitgliedschaft nach dem Gesetze auflösbar, so mußte der Lokalverein, der doch gewiß nicht im Sinne des bayerischen Vereinsgesetzes mit andern Vereinen in Verbindung stand, bestehen bleiben können und umgekehrt. Der große Stromer hat beide aufgelöst und gezeigt, daß er sich um das Vereinsgesetz gar nicht kümmert, sondern es nur benutzt, wo es ihm scheinbare „Entschuldigungsgründe“ bietet.

Herr Stromer hat zwei Volksversammlungen sofort nach der Bureauwahl auflösen lassen. Ob er beim Minister Pseuser vorher angefragt hat, ob er die Gewaltakte vornehmen lassen soll oder nicht — er hat angefragt und Pseuser hat bejahend geantwortet — kann hierbei gar nicht in Betracht gezogen werden. Herr Stromer hat durch sein Verfahren das Vereins- und Versammlungsrecht für Nürnberg vollständig tot und geschlagen. Die bayerischen Staatsbürger haben aber das Recht zur Vereinigung und zur Versammlung zu beanspruchen und somit befindet sich die Nürnberger Sozialdemokratie auf dem gesetzlichen Wege.

Sache der Nürnberger Parteigenossen wird es nun sein, mit allen Rechtsmitteln gegen die Ungesetzhelken des u. Stromer anzukämpfen und die Beschwerden dagegen bis zur allerhöchsten und letzten Instanz durchzuführen und zwar mit größtmöglicher Energie, damit eine prinzipielle Entscheidung herbeigeführt wird und künftighin nicht jeder nichtwissende Polizist nur einige „Entschuldigungsgründe“ von irgend einem „juristischen“ Rechtschreibern aufstellen braucht, um die Arbeiter des Vereins und Versammlungsrecht verlustig zu machen.

Die Nürnberger Parteigenossen dürfen sich mit den Leipziger Kollegen. Seit Räder die Mitgliedschaft aufgelöst, ist in Leipzig die Bewegung ganz bedeutend gewachsen und bei jeder Gewaltmaßregel wächst sie noch mehr. So wird es sich auch in Nürn-

berg gestalten. Wenn sich Stromer dasselbe Verdienst um die Arbeiterbewegung erwirkt, wie Räder, so sei ihm schon im Voraus unsere Anerkennung gezollt und den Parteigenossen gratuliert!

Wir wissen, daß die Nürnberger Parteigenossen trotz aller Stromereien unentwegt an der Befreiung der Arbeiterklasse weiter arbeiten werden. Und so auch die hart angefochtenen Parteigenossen zu München, Hof und Erlangen. Und sollte eine große Stromerei über ganz Bayern hereindringen — sie wird unsere Partei nicht tödten, die sozialdemokratische Idee, die in den Massen tiefe Wurzeln geschlagen, nicht wieder austrotten. Die bayerischen Parteigenossen werden einen besonderen Stolz darin setzen, gerade während und trotz aller Verfolgungen die Partei eifrig zu verbreiten und zu verstärken. An dem kleinen Gehirn eines Stromer, das nicht einmal einen brauchbaren „Entschuldigungsgrund“ zu produzieren vermag, scheitert die bayerische Arbeiterbewegung noch lange nicht. Das möge man sich merken in dem großen Hause auf der Burgstraße zu Nürnberg.

„Guten Morgen, Deutschland!“ rief einst Stromer voll Empfindung, als Wilhelm von Hohenzollern zum Kaiser gemacht wurde. „Gute Nacht, Stromer!“ möge bald die Antwort der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Bayern lauten können!

Politische Uebersicht.

— Hurrah Tessen dorf! Das Reichsstrafgesetzbuch ist unsern „gewiegten Criminalisten“ nicht stachelig genug. Kaum zwei Jahre ist es in Kraft und schon soll es „revidirt“ werden, d. h. die Verwaltungsbehörden, mit andern Worten die Polizei, sind abgegangen worden, ihr „Gutachten“ über folgende Punkte abzugeben:

- 1) Die Vorschriften über Vergehen, welche nur auf Antrag verfolgt werden können, wobei in Betracht kommt, ob nicht die Wirksamkeit der Strafgesetze durch die große praktische Ausdehnung, welche dem Prinzip der Antragsvergehen gegeben worden ist, beeinträchtigt werde;
- 2) die Vorschriften, daß Personen unter 12 Jahren nicht strafrechtlich verfolgt werden können;
- 3) die Vorschriften über Bestrafung der durch Rede und Schrift begangenen Vergehen gegen die öffentliche Ordnung oder die Religion;
- 4) die Vorschriften über den Widerstand gegen die Staatsgewalt;
- 5) die Vorschriften über Bestrafung von Körperverletzungen und
- 6) die Vorschriften über Bestrafung der gewerbmäßig betriebenen Anzucht.

Gewiß hat der „Frankfurter Beobachter“ Recht, wenn er in Vorstehendem einen alten Bekannten, den zur einen Thüre hinausgeworfenen und zur andern wieder hereingelommenen Liebling Bismarck, den § 20, erblickt. Dieses juristische Monstrum scheint unter allen Umständen in die „Reichsgesetzgebung“ hineingezwängt werden zu müssen. Vielleicht ist es dieser ominöse Paragraph, dessen schmuckvolles Hinstehen in der öffentlichen Meinung und im Parlamente dem Reichskanzler die geschwollenen Beine verursacht, und liegt in seiner Aufrechterhaltung die einzige Möglichkeit der Heilung des „Geniales“. Wir können also vermuten, daß Bismarck vor der Herbstsession des Reichstages nicht wieder gesund wird. Wir bleiben sehr getrost bei diesen Ausichten. Viel schlimmer als es schon ist, kann es für uns nicht mehr werden.

Bezüglich der „Bestrafung von Körperverletzungen“ empfehlen wir dem Reichskanzler und seinen Polizeigenossen das eifrigste Studium der Säbelsaffären im schönen Reiche, welche in den Jahrgängen der „Frankfurter Zeitung“ mit peinlicher Genauigkeit zusammengestellt sind. Der Rittermeister Schwanebecke und der zu Tode gequälte Soldat Plattner wären dabei besonders in Betrachtung zu ziehen. Auch dürfte es sich empfehlen, den Professor des „praktischen Strafrechts“ Herrn Dr. Binding, die Zierde der Universität Leipzig, als „Sachverständigen“ zu den Beratungen zuzuziehen und die interessanten Einzelheiten der Aufseß-Todtschlägerei entsprechend zu verwerthen.

— Arbeiterelend. Die „Westphälische Zeitung“ schreibt unterm 1. Mai:

„Seit Beginn des Jahres sind in Westfalen, dem Siegerlande und Hannover etwa 50 Hochöfen außer Betrieb gesetzt. Auf den Ofen kann man im Durchschnitt wöchentlich 4000 Ctr. Kohleisen rechnen, wonach sich bei 50 Arbeitswochen ein Ausfall von jährlich 10 Millionen Ctr. in der Produktion ergibt. Auf einen Ctr. Kohleisen ist aber ein Verbrauch von 4 Ctr. Kohlen zu rechnen, danach ermäßigt sich also durch die Verminderung der Kohleisenproduktion auch der Kohlenbedarf um jährlich 40 Millionen Ctr., wodurch allein etwa 8000 Arbeiter nur für die Kohlenwerke entbehrlich werden.“

„Entbehrlich!“ „Entbehrlich“ für die Herren Grubenbesitzer, die „keine überflüssigen Mäuler füttern“ können, obgleich sie selber von den Besitzern dieser „überflüssigen Mäuler“ zur Zeit, da dieselben nicht „überflüssig“ waren, „gefüttert“ und gemästet worden sind! „Entbehrlich“ für diese beste der Welten, deren Güte darin besteht, daß die Arbeiter im Dienste des Kapitals ausgepreßt werden wie Citronen, und auf den Reichthümern geworfen, wenn sie bis auf den letzten Tropfen ausgepreßt sind oder gerade „nicht zu brauchen!“ Die Herren Grubenbesitzer haben sich von dem, was sie in den Tagen der „Prosperität“ neben die „überflüssigen Mäuler“ gehen ließen, hinlängliche Vorräthe „erspart“, um ein paar Monate, ein paar Jahre „zusehen“ zu können — bei Ausern und Champagner. Die Arbeiter aber — sie sind „entbehrlich“; sie mögen delten, stehlen, ins Arbeitshaus gehn, verhungern! „Freßt Heu“, höhnte der Minister und Millionär Foulon zu Beginn der französischen Revolution die hungernden

Proletarier, welche nach Brot riefen. Die Remesse kam. Wenige Wochen nachher ward er mit einem Bündel Heu vor dem Mund zum Tode geführt. Ist nicht Foulon's entschliches Wort das der bürgerlichen Gesellschaft an die „entbehrlichen“ Arbeiter? „Freßt Heu!“

— Ueber den Tod des bekannten Sozialdemokraten und Buchbinders Barlin, der Mitglied der Pariser Commune war und von den Versailler Mordbanden erschossen wurde, giebt der Pariser Correspondent der „Frankfurter Zeitung“ folgende interessante Einzelheiten:

„Paris, 1. Mai. Vor einigen Tagen kam eine in Trauer gekleidete Dame auf das Bureau eines bekannten Advolaten des hiesigen Bureau und erzählte folgenden Vorfall. In einer sehr zahlreichen Gesellschaft sprach man von Barlin, dem Mitgliede der Commune. „Der ist glücklich entkommen“, sagte einer der Gäste, „er befindet sich als Flüchtling in London.“ „Das ist ein Irrthum“, erwiderte ein Offizier, „ich habe den besten Grund zu glauben, daß er erschossen wurde, denn ich war damals Adjutant und befehligte das Executionpeloton.“ „Das beweist nichts“, gab der erste zurück, „man kann sich in der Person verirren haben; es wäre das nicht das erste Opfer der summarischen Justiz, mit der die Besiegten von dem erbarmungslosen Sieger heimgeführt worden sind.“ „Ein Zweifel ist nicht möglich“, rief der Offizier aus, „hier ist eine goldene Taschenuhr, auf deren Schale die Worte geschrieben stehen: „Die dankbaren Arbeiter in den Gerbereien ihrem Barlin.“ Ich habe diese Mittheilung von einer durchaus zuverlässigen Person, dem Advolaten selbst; indessen möchte ich doch daran zweifeln, daß Barlin erschossen wurde. Jedenfalls wird es nicht lange gehen, bis wir vollständige Gewißheit über diesen Punkt haben, denn gegen den Offizier hat der Advolat eine Klage auf Zurückstellung der Taschenuhr eingeleitet.“

Daran zu zweifeln, daß Barlin erschossen wurde, war unseres Wissens bis jetzt kein Grund vorhanden. Warten wir den Ausgang dieser Angelegenheit ab. Es wäre wirklich interessant zu erfahren, ob es vorgekommen ist, daß die „Reiter der Gesellschaft“ den todtten Communards ihre Taschenuhren gestohlen haben. Offiziere „von Ehre“ mit gestohlenen Uhren vervollständigen neben der prostituirten Presse, welche die todtten Communards fortwährend zu „Dieben“ stempeln will, das ekle Bild von der Corruption in der heutigen Gesellschaft.

— Most ist richtig, wie und jetzt mitgetheilt wird, auf Requisition des strebsamen Berliner Staatsanwalts Tessen dorf verhaftet worden. Er soll in einer der von ihm zu Berlin gehaltenen Reden gegen den § 130 des Strafgesetzbuchs gesündigt haben. Die Mainzer Behörden wollten Most per Schub (H) nach Berlin befördern, so daß Most nichts Anderes übrig blieb, als selbst die Eisenbahnschere zu bezahlen, nur um nicht wochenlang in einigen Dutzenden deutscher Arrestlokale schwachen zu müssen. Am 5. d. ging die unfreiwillige Fahrt nach Berlin vor sich. Wie angenehm es ist, zu den Reichsfeinden zu zählen, wird auch unsern Mainzer Parteigenossen sehr plaussibel gemacht. Außer Most ist auch Hirsch daselbst von der „Gerechtigkeit“ ins Gefängniß spedirt worden und Zirfas kommt nächstens auf zwei Monate an die Reihe. Die Praxis macht sich.

— Ein Posten für Herrn von Madai. Da dieser „verdiente“ Polizeidirektor, nach Graf Eulenburg's Ausspruch, „der Menschheit nützlich sein“ will, ohne „einen Pfennig Remuneration“ dafür zu verlangen, so können wir ihm die Schulmeisterstelle in Belten nicht genug empfehlen. „Belten“, schreibt die „Volkszeitung“, „liegt nicht in der Mongolei, sondern im zivilisirten Havelland. Daselbst wurde auf Veranlassung der Regierung mit der Gemeinde wegen Aufbesserung des Gehalts für den zweiten Lehrer verhandelt. Dieser „Sieger von Königgrätz“ bezieht nämlich außer der Wohnung ein baarcs Gehalt von 130 Thlr., steht also noch unter dem Niveau eines Dienstknechtes. Die Regierung beantragte in ihrer Bescheidenheit nur eine Erhöhung auf 160 bis 180 Thlr., aber selbst dazu konnten sich die reichen Beltener nicht entschließen, sondern man meinte, die Schulkasse könne die erforderliche Zulage gewähren und obwohl der Superintendent erklärte, daß in der Schulkasse kein rother Heller vorhanden sei, faßte man den folgen Beschluß, die Zulage so lange auszusetzen, bis die Regierung den Nachweis geführt habe, daß die Schulkasse zu unbemittelt sei. Inzwischen wird der Lehrer bei seinem Gehalt von 10 Thlr. 25 Sgr. pro Monat verhungert sein.“

Mit Herrn Madai, der „keinen Pfennig Remuneration“ annimmt, wäre der möglicherweise durch den Hungertod des armen Schulmeisters erledigte Posten sicherlich gut besetzt; es blieben 130 Thlr. übrig, Gemeinde und Staat wären befriedigt und die Verwaltungsrathsstelle bei der anhaltinischen Bahn würde hoffentlich auch „gratis“ noch weiter versehen werden. Wie empfehlen diesen unseren Vorschlag dem preussischen Cultusminister zur eindrucklichsten Beachtung.

— In England ist die Situation auf dem sozialen Kriegsschauplay unverändert. Der Lockout der Landarbeiter dauert fort; ein Verloch, den nun in die siebente Woche eintretenden Strike der 14,000 Südstaffordshire Kohlengräber schieberlich zu beendigen, ist an der Weigerung der Grubenbesitzer gescheitert; in Südwalcs auf beiden Seiten Vorbereitungen zum Kampf; keine Aussicht auf friedliche Beilegung. Einzelheiten in der nächsten Nummer.

Gewerkschaften

Gewerkschaft der Schuhmacher.

Leipzig. Eine große Anzahl Arbeitgeber hat unsere Forderung voll und ganz bewilligt, und ist ein großer Theil der Gehilfen bei diesen wieder in Arbeit getreten. Der Rest der Strikenden besteht aus 90 Mann, welche gewillt sind, so lange auszuharren, bis auch ihnen der Sieg geworden ist. Aber der Unterstützung unserer Kollegen wie aller anderen Arbeiter bedürfen wir noch fern; auch ist der Zuzug strengstens fern zu halten. Alle Gelder und Briefe wolle man senden nach dem Besuche der Schuhmacher, Mühlengasse 3, bei Herrn Schreiber.

Für das Strikcomité:
Moriz Hörst, Vorsitzender.

Nürnberg, 6. Mai. An die Schuhmachergehilfen Deutschlands. Kollegen! Wir benachrichtigen Euch hiermit, daß die Schuhmachergehilfen Nürnbergs, Dienstag, den 6. Mai die Arbeit niedergelegt haben. Es soll die 12stündige Arbeitszeit und ein den Verhältnissen entsprechender Lohn tarif durchgesetzt werden, und die bis dato bestandene Regel des Zusammenklagens abgeschafft werden. Die hiesigen Mitglieder der Gewerkschaft haben vorigen Monat ein Comité, aus 25 Mann bestehend, gewählt, welches einen Tarif ausarbeitete und denselben am 18. v. Mts. dem Vorstande des Meistervereins zur gefälligen Berathung unterbreitete, welcher jedoch am 28. d. Mts. beantwortet wurde, ohne irgend eine Bewilligung. Darum Kollegen allerorts ergeht der Ruf an Euch, allen Zuzug zu vermeiden, und uns so viel als möglich materiell zu unterstützen. Nürnberg hat gewiß jederzeit seine Pflicht erfüllt, wenn es galt, die Interessen der Arbeiter zu vertreten, und wird es auch ferner thun, wenn es wieder in der Lage sein wird. Was wir erkämpfen, ist nicht allein unsere Sache, sondern auch die Eure.

NB. Briefe und Unterstützungsgelder wolle man senden an: J. Seyer, Schmausengasse 17.

Holha. In Coburg ist ein Strike ausgebrochen, es ist deshalb aller Zuzug nach dorthin abzuhalten; Unterstützungen sind zu senden an Theodor Simon, Steinweg 119. Bericht in nächster Nummer.
Für die Verwaltung: W. Bod.

Gewerkschaft der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter.

Gewerkschaften! Unsere vierte ordentliche Generalversammlung ist nach den uns zugegangenen Mittheilungen des Lokalcomités zu Chemnitz jetzt definitiv wie folgt festgesetzt:

Sonnabend, den 23. Mai, Vorversammlung zur entgeltlichen Feststellung der Tagesordnung, Abgabe der Mandate, Wahl der Mandatsprüfungskommission, Feststellung der Geschäftsordnung etc. Abends von 8 Uhr an im Saal zur Stadt Manheim. Pfingstsonntag und Dienstag Hauptversammlung ebendasselbst. Pfingstmontag im Webermeisterhaus.

Die Verhandlungen dauern den 1. und 2. Feiertag von Vormittags 10 bis 12 Uhr und Nachmittags von 2 Uhr an bis Abends; den dritten Feiertag von Früh 8 Uhr an bis Mittag und je nach Umständen weiter.

Orte, die sich durch Mandate vertreten lassen, haben Mandate an den Vorort zu senden und die etwa erwachsenden Vertretungskosten später zu decken. Anmeldungen von Delegirten sind zu richten an Fr. J. Wendler, Bounsdorfer Weg 589 R., Chemnitz.

Nur Orte, die mit ihren Pflichten statutengemäß auf dem Laufenden sind, haben das Recht der Beschidung. Man wolle also alle noch rückständigen Abrechnungen und Zahlungen an den Vorort ungesäumt und spätestens bis zum 15. Mai ca. einsenden. Die Mandate müssen die Zahl der steuerbaren Gewerkschaften nachweisen, die auf letzter Abrechnung aufgeführt sind, sowie vom Vertrauensmann und drei Gewerkschaften unterschrieben sein. Orte, die noch keine Fragebogen erhalten haben, wollen sich sofort an uns wenden. Die ausgesandten Fragebogen bitten wir richtig und genau ausgefüllt gleichfalls möglichst bis 15. Mai einzusenden. Die bisher gestellten Anträge veröffentlichen wir nachfolgend und fordern nun alleseitig auf, die Generalversammlung zahlreich zu beschicken, zumal wir mit dem Vorstand des allgemeinen deutschen Arbeiterbundes vereinbart haben, im Interesse beider Organisationen, beide Generalversammlungen zur gleichen Zeit in Chemnitz abzuhalten und Wegehände gemeinsamer Interessen in gemeinschaftlichen Sitzungen zu behandeln.

Es muß in unserer, der gedrücktesten Arbeitsbranche endlich zu einer klaren, planmäßigen Organisation kommen, welche die lebensfähigen Elemente umschließt. Gewerkschaften! Es liegt in Eurer Hand, das Geschaffene und Bewährte zu erhalten und zu kräftigen. Eilt also zur gemeinsamen Arbeit herbei, zahlreich und klar zum Handeln, denn, abermals wiederholen wir, unsere Branchen sind die gedrücktesten, unsere Mannschaften die zahlreichsten, unsere Organisation bereits kampfbewährt, sie kann und muß vollendet werden zum gemeinsamen Besten.

Hierzu willkommen in Chemnitz!
Erimmitschau, den 6. Mai 1874.

Für die Vorortverwaltung: F. A. Colditz, 2. Vorsitzender.

Berlin. Meine Adresse ist nicht, wie in Nr. 51 des „Volksstaat“ angegeben wurde, Blumen-, sondern Kopenstr. 26, 3 Tr., bei Reicher. Das Wandergeld wird nicht bei Doring, sondern bei Schramm, Andreasstr. 41, 3 Tr., bei Simmrod gezahlt.
C. Ficker, Vertrauensmann.

Gewerkschaft der Holzarbeiter.

Hamburg. Mit der Einsetzung der Abrechnung pro 1. Quartal 1874 sind nachfolgende Orte im Rückstände: Arnstadt, Verfa a. Im, Köln, Eßlingen, Eisenach, Gabling, Pöschappel, W. Glabbach. Wir bitten um schnelle Uebersendung.

Gleichzeitig wird die Mitgliedschaft Eisenach angefordert, die Uebersendung der pro 4. Quartal 1873 an die Hauptkasse fälligen Gelder zu veranlassen. Die Mitgliedschaft Pöschappel ist noch immer mit der Anzeige der Adresse des Bevollmächtigten im Rückstände. Auch für W. Glabbach ist noch kein Bevollmächtigter angemeldet.
Der Ausschuß.

Allgemeiner deutscher Schiffszimmerer-Verein.

Hamburg. Zur Beachtung. Wir bringen hierdurch zur Kenntniß, daß die Extrafsteuer für Braue und Elsfleth von 9 auf 6 Gr. pro Woche ermäßigt ist, da der Strike in Elsfleth erloschen ist. Ueber den Elsflether Strike wird näherer Bericht erfolgen, sobald auch der Brauer Strike beendet ist. Aller Zuzug nach Braue an der Weser ist fernzuhalten.
G. Kämpel.

Correspondenzen

Schmölla. Auf Sonntag den 12. April, Nachmittags 4 Uhr, hatten wir wiederum (trotzdem unsere letzte Versammlung aufgelöst worden war) eine Volksversammlung ins Schützenhaus einberufen; dieselbe war, trotzdem ein ausgezeichnetes Frühlingswetter war und gerade die Veteranen von Schleswig ihr 25jähriges Jubiläum zum Andenken an die Erstürmung von Düppel feierten, ausgezeichnet gut besucht. Als Referent erschien Kwasiowski aus Erimmitschau und bildete die Tagesordnung die beabsichtigte Aenderung des deutschen Gewerbegesetzes. — Ins Bureau wurden Martin als erster, Seidel als zweiter Vorsitzender und Unterzeichner als Schriftführer gewählt. Referent bewies unter dem Beifall der Anwesenden, daß das Gesetz lediglich gegen die Arbeiter gerichtet sei. Nach Beendigung des Referats wurde die bekannte Resolution der Versammlung zur Annahme unterbreitet und dieselbe von der Versammlung einstimmig angenommen. Wie gewöhnlich war auch diesmal der Herr Bürgermeister sammt der ganzen Polizeimannschaft anwesend; obgleich es ihm sehr lächerlich erschien, daß die Zahl der Anwesenden auf 400 Mann geschätzt wurde, so ist der Anschlag doch nicht zu hoch gegriffen, denn gerade diesmal war man neugierig, wie diese Versammlung ausfallen würde. Dieselbe verlief denn auch über Erwarten gut. Gegner meldeten sich trotz Aufforderung nicht zum Wort an Muth. Wir aber werden nicht ermüden, mit ganzer Kraft für die gerechte Sache der Arbeit einzustehen, und keine Einschüchterungen und Auflösungen sollen uns beirren.
Mit sozialdemokratischem Gruß
H. Pischler.

Frankfurt a. M. Unsere letzte Parteiversammlung wurde anlässlich einer Rede R. Jacoby's polizeilich aufgelöst. Der Aufforderung, den Saal zu verlassen, fügte der Commissär Zinsch die Drohung hinzu, daß er event. mit Waffengewalt einschreiten würde. Jacoby wurde sofort verhaftet und befindet sich gegenwärtig noch in Haft.

Regensburg. Vor Kurzem sprach hier Wolf aus Chemnitz in einer Volksversammlung über den Kampf der Parteien auf politischem und sozialem Gebiete und über den Schutz, den die Gewerkschaften dem Arbeiter gewähren. Wolf hatte ungefähr eine Stunde gesprochen und war gerade bei Behandlung des liberalen Schwindels und den Folgen des Militarismus, als Commissär Kraus den Vorsitzenden Oblager aufforderte, dem Redner das Wort zu entziehen. Oblager weigerte sich dessen mit dem Bemerkten, daß er den Redner höchstens zur Mäßigung anhalten könne; hierauf löste Kraus auf Grund des § 131 die Versammlung auf. Wolf verlangte zu wissen, warum die Versammlung aufgelöst worden sei, er bekam aber die Antwort, daß die Polizei zur Angabe des Grundes der Auflösung nicht verpflichtet sei. Wir sind dem Commissär Kraus sehr dankbar für die Propaganda, die er unfreiwillig mit seiner Auflösung für unsere Sache gemacht hat. Nur immer in diesem Sinne fortgewirkt, Ihr Herren Gewerkschaften, und wir werden bald mehr Zuspruch haben, als Euch lieb sein dürfte.

Nach aufgelöster Versammlung begab sich der größte Theil der Erscheinenden in unser Vereinslokal, wo zu unserer Freude mehrere Einzeichnungen in die Parteiliste stattfanden.

Mit sozialdemokratischem Gruß
J. Sommer, Vertrauensmann.

Verichtigungen.

Der Schluß des Prozesses Bazaine: „Or comincia l'orazione etc.“ muß natürlich in der Uebersetzung heißen: „Nun beginne deine Rede“ etc. statt: „So begann“ etc.

In dem Artikel „Parlamentarischer Vortritt“ in Nr. 52 des Bl. im ersten Absatz, Zeile 12, heißt es: „ob der Schluß der Diskussion vor der Beendigung der vorhergehenden Rede etc. etc. stattgefunden haben darf“ etc.; dies muß heißen: „ob der Schluß der Diskussion oder Beendigung der vorhergehenden Rede, Tags zuvor stattgefunden haben darf“.

Briefkasten.

der Redaktion. E. A. S. Berlin: Kommt in einer der nächsten Num. Besten Dank. E. A. Thalheim: Wir werden uns über den Fall erkundigen und Ihnen brieflich antworten. J. Wien: Nichts ist leichter, als gegen Andere Schimpfereien und Beeldigungen auszuweichen, ohne irgend welche Benehle. J. W. in Gr.: Wir sind gezwungen, die Sozialisten und das Reich“ nochmals zu veröffentlichen. — Strikcomité der Schuhmacher Hannover: Nächste Nummer.

der Expedition. H. Hübner Bielefeld Schr. Lthr. 4 12. H. Dgr. Weidau Schr. Lthr. 4 10. Genossenschaftsbuchdruckerei hier Ann. Lthr. 1 18. Mär. hier Schr. 5 Gr. Kcs. Wilmchen Schr. Lthr. 1 27 5. Rottmann & Co. das. Schr. Lthr. 2 12. Gewerkschaft der Holzarbeiter Hamburg Ann. 12 Gr. Fachverein der Holzarbeiter Kagenfurt Ab. 2. Du. Lthr. 1 3. Fachverein der Manufakturarbeiter Freudenthal Ab. 2. Du. Lthr. 1 21. Frick. Mainz Schr. 12 Gr. Kll jun. Weimar Schr. Lthr. 1 20 5. Harth. Köln Schr. 7 Lthr., in Nr. 51 irrthümlich 7 Gr. Schr. Chicago: Es waren nicht 25 sondern nur 24 Lieberbäcker, die wir bezielten. F. Gds. Berggrath: Die frühere Annonce kostet 5 Gr., die Antwort hierauf ebenfalls 5 Gr. J. Auer Neuschöneberg: Al. Brunner Cincinnati verlangt Antwort auf seine zwei Briefe. Rics. (Eisen- und Metallarb.-Gewerksch.) Hamburg: Die Annoncenbeiträge wollen Sie am Schlusse jeden Monats nachdem die Annoncenbeiträge im „Volksstaat“ bekannt gegeben, per Briefmarken oder per Postnachweisung an uns einsenden. Ed. Pfl. Schreiberhan: Die Schrift können nur gegen Baar oder Postvorschuß versandt werden, betragen Lthr. 3 7 5.

Fond f. pol. Gemäßigtere.

Bon S. hier 2 Lthr.
Genossenschaftsbuchdruckerei.
Antheilscheine bez. Antheilscheinungen erhielten ferner: Ja Bielefeld P. R. Lthr. 4, C. B. 4, F. R. 3.

Berlin
Sozialdemokratische Arbeiterpartei.
Bezirksversammlungen:
Montag, 11. Mai, Abends 8 Uhr,
Prinzenstraße 72, bei Carius (Oberer Saal):
„Das Wesen der Produktivgenossenschaft“, Vortrag des Herrn Bruchmüller, Verschiedenes.
Dienstag, 12. Mai, Abends 8 Uhr,
Cafee Hausmann, Elisabethstraße 17:
„Die Verfolgungen unserer Partei in Preussland“, Vortrag des Herrn Goldwirth, Verschiedenes.
Es ist dafür Sorge getragen, daß durch zweckmäßiges Arrangement der Plätze mehr Raum geschaffen. — Die Parteigenossen haben vollständig zu erscheinen. — Jetermann freien Zutritt. — Die Lieberbäcker sind mitzubringen.
Das Agitations-Comité.

Berlin
Allgemeiner östlicher-(Köper-)Verein.
Dienstag, den 12. Mai, Abends 8 Uhr:
Versammlung im Heise'schen Saale, Laubsbergstraße 15. Tages-Ordnung: Vortrag und Verschiedenes.
Um recht zahlreiche Theilnahme bittet
Der Bes.

Hamburg
Sonntag, den 10. Mai, Nachmittags 2 Uhr:
Versammlung
sämmtlicher Eisen- und Metallarbeiter
im Saale „zum Rosand“, erste Jakobstraße 19. — Tagesordnung: Anschlag an den „Allg. Eisen- und Metallarbeiter-Verein“.
Der proo. Bevollmächtigte.

Hamburg Gewerkschaft der Holzarbeiter.
Mittwoch, den 13. Mai, Abends halb 9 Uhr: Versammlung bei Ehardt, Schoppensteil 22. — Vortrag des Hrn. Fock über Gewerkschaftsbewegung.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Thümker, Bes.

Leipzig Allgem. deutscher Schneiderverein.
Dienstag, den 12. Mai, Abends halb 9 Uhr: Versammlung Gewandbäcker 4 1.
Tagesordnung: Wichtige Vereinsangelegenheiten.
Zahlreiches Erscheinen erwartet
D. B.

Leipzig Gewerkschaft der Maurer und Zimmerer.
Dienstag, den 12. Mai: Versammlung bei Zedler, gr. Windmühlengasse 7. — L.-O.: Sozialer Wochenbericht. Gewerkschafts-Tagung. Alle r ist Pflicht!
NB. Für die Monate Juni u. Juli ist eine Extrastreife von 1 Gr. ausgeschrieben worden.
Der Bes.

Leipzig u. Umgegend Metallarbeiter-Gewerkschaft.
Jeden Montag, Abends 8 Uhr, Versammlung bei Fröhlich, Nicolaistraße 38. — Tagesordnung: 1) Sozialer Wochenbericht. — 2) Festsetzung der Tagesordnung vor 8 Tagen.
Zahlreiches Erscheinen ist notwendig. — Aufnahme neuer Mitglieder.
Der Vorstand.

Leipzig Außerordentliche Generalversammlung der Tischler-Kranken- und Begräbniskasse.
Sonnabend, 16. Mai, Abends halb 9 Uhr, bei Herrn Jabin, Turnerstraße 3. — Tagesordnung: 1) Wahl eines Kassiers; 2) Eintragung der Kasse ins Genossenschafts-Register als juristische Person; 3) Revision der Statuten, bez. Wahl einer Kommission.
NB. Quittungsbücher sind vorzulegen. Allseitiges Erscheinen dringend notwendig.
[2a] Der Vorstand.

Vindenu Arbeiterverein.
Montag, den 11. Mai: Versammlung in O. Ledermann's Restauration (früher Dorn).
Tagesordnung: Vortrag von W. Vos. — Gemeindefragen. Gäste sind stets willkommen.
Der Vorstand.

Thüringer Verbands- und Agitations-Comité.
Gotha, 6. Mai. Nachdem in einer Versammlung der hiesigen Parteimitgliedschaft und der 6 Gewerkschaften die Wahl der 5 Mitglieder des Comité's vorgenommen worden, hat sich dasselbe constituirert und fordert nunmehr die Vertrauensmänner und Bevollmächtigten der Thüringer Mitglieds- und Gewerkschaften auf, ihre genauen Adressen an unterzeichneten Schriftführer, behufs weiterer Bekämpfung und Aufwendungen, in Kürze einzusenden.
Const. Bielefeld, Fischgasse 1.

17. sächsischer Wahlbezirk.
Nächsten Donnerstag, den 14. Mai (Himmelfahrtstag), Nachmittags 3 Uhr: Bezirkscomité-Sitzung in Glauchau, Pfägl's Restauration, Johannisplatz 5. — Tagesordnung: 1) Abrechnung über die letzte Reichstagswahl; 2) Besprechung über Agitationsangelegenheiten etc.
Wir erwarten, daß alle Orte pünktlich erscheinen.
Der Vorort des 17. sächsischen Wahlbezirks.
J. A.: Hermann Albert.

Bekanntmachung!

Den Parteimitgliedern in Thüringen und Umgegend diene hiemit zur Nachricht, daß die diesjährige Landesversammlung am 14. Juni in G. münd abgehalten wird.

Die Parteimitgliedschaften werden nun ersucht, ihre Anträge so bald wie möglich einzusenden. Dieselben müssen, wenn sie noch auf die Tagesordnung kommen sollen, bis längstens 1 Juni eingereicht sein. Die Tagesordnung sowie alles nähere wird nächstens bekannt gemacht. Briefe etc. sind, wenn diese berücksichtigt werden sollen, zu richten an „G. Feiler, im Anker.“
Das Agitations-Comité für Thüringen.
J. A.: G. Feiler.

Nach Berggrath.

Es diene hiermit Herrn Franz Geds zur Nachricht, daß die von Cincinnati gewünschte Adresse folgendermaßen lautet:
Anton Geds, (Dichter), 107 Front St. (East),
Cincinnati, Ohio, U. S. of A.

Berlin. Den Parteigenossen empfiehlt sich als Tapezierer W. Demmin, Prinzenstraße 83.
[2c]

Einen Dreßlerlehrling

sucht
für Wäsche und Kleidung während der Lehrzeit wird geforgt.
J. Kubel, in Rahlitz (Thüringen).

Wein Geschäft

neuer, sowie getragener Kleidungsstücke und Schuhwerk befindet sich: Brühl Nr. 72 (früher Plauen'scher Hof).
J. A. Rielborn.

Arbeits-Hosen.

Aecht Englisch Lederhosen à Stück 1 Thlr. 15 Sgr.
„ Cord-Hosen à Stück 1 Thlr. 15 Sgr.
„ Starke Stoff-Hosen à Stück 2 Thlr. 15 Sgr.
„ Militär-Drillhosen à Stück 1 Thlr.
„ Baumwollene feste Arbeitshosen à Stück 27 1/2 Sgr.
empfehlen

Louis Guttman

J. N] No. 24 Grimmische Strasse in Leipzig No. 24

Die Gutfabrik-Genossenschaft

Kleine Meißnergasse 20
in Leipzig
empfiehlt ihr Lager in
Filk- und Seidenhüllen neuester Façon
zu den billigsten Preisen. — Reparaturen gut, schnell und billig. 3a

Soeben erschien die 11. Lieferung vom

Leipziger Hochverrathsprozess

(Viebnecht's „ungehaltene“ Rede enthaltend).
Preis pr. Bsg. 2 gr. 5 pf.
Expedition des „Volksstaat“.

An die Schriften-Filialen.

Alle Schriften, für welche nicht augenblickliche Verwendung ist, besonders 4. und 5. Bf. vom Hochverrath-Prozess, sind bis 15. April an uns zu remittiren. Was bis dorthin nicht jurid. ist, muß behalten und sofort bezahlt werden. Sonst den auf Lager gehaltenen Schriften ist ein Verzeichniß einzuliefern.
Leipzig, 1. April 1874. Expedition des „Volksstaat“.

Leipzig: Bertram, Redaction: W. Preißer. (Redaction u. Expedition: Zeilstr. 44.) Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei.